Mitteilungsvorlage

Drucksachen-Nr. 0514/2022
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Ausschuss für Mobilität und Verkehrsflächen	14.02.2023	zur Kenntnis
Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss	02.03.2023	zur Kenntnis

Tagesordnungspunkt

Personalsituation im FB 6

Die im Rat am 13.12.2022 unter TOP Ö11 bekanntgegebene Vorlage wird den Fachausschüssen hiermit nochmals zur Kenntnis gegeben.

Inhalt der Mitteilung:

Die Personalsituation stellt sich in den einzelnen Abteilungen des Fachbereichs 6 wie folgt dar.

6-60 Mobilität und Stadtentwicklung

Aktuelle Personalsituation

In der Abteilung 6-60 Mobilität und Stadtentwicklung gibt es zurzeit insgesamt 15 Planstellen: eine Sachgebietsleitung Mobilität, einen Mobilitätsmanager, zwei Mobilitätsmanager*innen/ Verkehrsplaner*innen, eine Beauftragte für Rad- und Fußverkehr, vier Verkehrsplaner*innen, eine Technikerstelle, zwei Stadtentwickler*innen, eine Statistikerin, eine Verwaltungskraft und eine Abteilungsleitung.

Von den 15 Stellen sind allerdings nur acht aktuell im Dienst, wovon 7 Vollzeitstellen und eine Teilzeitstelle (Abteilungsleitung mit 30 Stunden) sind.

Bereits zum vierten Mal musste eine Stelle für die Stadtentwicklung ausgeschrieben werden, da bisher noch kein*e Bewerber*in gefunden bzw. zugesagt hat. Die Stelle ist seit Februar 2022 nicht besetzt.

Die Technikerstelle (6-60-250) ist seit längerem vakant. Der Mitarbeiter der die Stelle

innehatte, ist im Frühjahr 2021 in Rente gegangen, war allerdings vorher schon über 1,5 Jahre krankgeschrieben. Die Stelle kann aktuell nicht nachbesetzt werden, da kein Arbeitsplatz zur Verfügung steht (der Arbeitsplatz wird für die Beauftragte für Rad- und Fußverkehr benötigt). Beabsichtigt ist, die Stelle mit einem Techniker - der die Verkehrsplaner*innen unterstützen soll - neu zu besetzen, sobald die Raumsituation dies zulässt.

Von den vier Verkehrsplaner*innen ist ein Mitarbeiter Mitte Oktober nach über einem Jahr Krankheit wiedergekommen. Eine weitere Mitarbeiterin ist seit Mitte November 2021 in Mutterschutz bzw. Elternzeit (voraussichtlich bis Ende 2023). Ein neuer Verkehrsplaner hat im April dieses Jahres angefangen, zunächst als Elternzeitvertretung, er wurde aber mittlerweile entfristet. Die vierte Verkehrsplanerstellen kann erst ausgeschrieben werden, wenn die Raumsituation dies zulässt. Aus demselben Grund kann auch keine neue Elternzeitvertretung ausgeschrieben werden. In Summe verfügt die Abteilung daher aktuell nur über zwei Verkehrsplaner.

Aufgrund der Raumsituation können folgende Stellen ebenfalls nicht ausgeschrieben werden: Sachgebietsleitung Mobilität, die zweite Stelle Mobilitätsmanagement/ Verkehrsplanung, die Techniker-Stelle und die Verwaltungskraft.

In der Folge ist die Abteilung deutlich weniger leistungsfähig als gewünscht. Zurzeit können viele Anträge aus der Bürgerschaft, dem politischen Raum, aber auch aus anderen Abteilungen innerhalb der Verwaltung nicht oder nur sehr zeitverzögert bearbeitet werden, da die Planer*innen keine Kapazitäten mehr haben. Besonders deutlich wird das an der bislang sehr schleppenden Umsetzung des 2016 beschlossenen Mobilitätskonzepts. Bis sich die Raumsituation ändert, wird sich der Arbeitsoutput der Abteilung nicht erhöhen können. Die Abteilungsleitung übernimmt bereits seit Anfang 2021 projektsteuernde und projektbearbeitende Aufgaben im Zusammenhang mit dem Ausbau der S11 und allen damit zusammenhängenden Verkehrsprojekten, da für dieses von der DB priorisierte Projekt die Personalkapazitäten im Bereich Verkehrsplanung und Mobilitätsmanagement fehlen. Die vor allem in dieses von der DB priorisierte Projekt investierte Arbeitskapazität fehlt in der Leitung der gesamten Abteilung, sodass andere Projekte nur noch z.T. verzögert bearbeitet werden können.

Während die Verkehrsplaner und Mobilitätsmanager sich im Urlaubs- oder Krankheitsfall in gewissen Umfang gegenseitig vertreten können, die Stadtentwicklung von der Abteilungsleitung und umgekehrt vertreten werden kann, hat die Statistikdienststelle keine Vertretung, was vor allem für Wahlen erforderlich wäre.

Die Überstunden der sieben Mitarbeiter*innen der Abteilung belaufen sich aktuell auf rund 310.

Beantragte Stellen

Keine

Konsequenzen bei Nichtbewilligung der beantragten Stellen

Da keine Stellen beantragt sind, kann es keine Konsequenzen bei einer Nichtbewilligung geben.

6-1 Untere Denkmalbehörde

Aktuelle Personalsituation

Die Untere Denkmalbehörde ist aktuell mit 3 halben fachlichen Stellen besetzt, von denen 2 halbe fachliche Stellen gerade erst neu besetzt wurden und somit die KollegInnen sich erst einmal einarbeiten müssen.

Die Vollzeit- Verwaltungsstelle ist seit dem 1.10.2022 vakant um muss zeitnah nachbesetzt werden.

Die Arbeitsweise in der Unteren Denkmalbehörde ist aufgrund der Aufgabenfülle schon lange geprägt durch eine zwangsläufig starke Priorisierung der Aufgaben. Die eigentliche Aufgabenerfüllung einer proaktiven denkmalpflegerischen Arbeit erfolgt immer noch nicht. Durch die Priorisierung der Aufgaben ergeben sich mitunter nicht vermittelbare lange Wartezeiten auch für die Eigentümerinnen und Eigentümer von Denkmälern in dieser Stadt.

Das Aufgabenvolumen der Unteren Denkmalbehörde ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Zu nennen ist hier der steigende Bedarf der Bürgerinnen und Bürger sowie ihren Architekt(inn)en an Beratungsleistungen in denkmalfachlichen Fragen, in diesem Zusammenhang folgend der Aufwand zu Eintragungen, denkmalrechtlichen Erlaubniserteilungen, Ortsbesichtigungen, Quellenforschung, Informationszusammenstellung sowie einer pflichtigen Anhörung mit dem Landschaftsverband Rheinland. Vermehrt tritt die notwendige fachliche Beratung bei der Veräußerung von Denkmälern auf.

Zu diesen Arbeitsabläufen sind immer mehr rechtliche Auseinandersetzungen hinzugekommen, die den Arbeitsaufwand zusätzlich erhöhen und die Abarbeitungsdauer von Aufgaben spürbar verlängern.

Für eine rechtliche Absicherung wird für viele Aufgaben das Vier-Augenprinzip benötigt (z.B. Steuerprüfungen, Vororttermine und damit verbunden Erteilung einer denkmalrechtlichen Erlaubnis etc.).

Ergänzend erzeugen der Umgang und die Fortschreibung des Denkmalpflegeplans der Stadt Bergisch Gladbach einen hohen Arbeitsaufwand. Im Rahmen dieses Denkmalpflegeplanes wurden im Stadtgebiet denkmalverdächtige Objekte ermittelt, welche auf Ihre Denkmaleignung überprüft werden müssen. Dies führt zu weiteren Prüf- und Beratungsleistungen für Bürger und Architekten bei wachsender Anzahl an Denkmälern mit entsprechend wachsendem Betreuungsaufwand bis hin zur Prüfung und Bestätigung einer steuerlichen Begünstigung.

Generell ist diese Entwicklung sehr zu begrüßen, da der Umgang mit historischer Bausubstanz in den vergangenen Jahrzehnten vielerorts durch Abriss dem Neubau wich. Andererseits gelang es durch intensive Beratung der Denkmaleigentümer und Abstimmung mit der Bezirksregierung Köln wesentliche Baudenkmäler auch durch Förderungen zu erhalten: das Technische Rathaus Bensberg, Schloss Bensberg und das Bethanien Kinderdorf. Auch ist an dieser Stelle der Rommerscheider Hof aufzuführen, das mit um 500 Jahre wohl älteste Fachwerkhäuser im Stadtbereich, welches nur dank der Förderung von Seiten der Bezirksregierung und der Deutschen Stiftung Denkmalschutz noch erhalten ist. Auch Eigentümer von erhaltenswerten Gebäuden werden- anlassbezogen- von der Unteren Denkmalbehörde beraten.

Ferner ist mit dem Erwerb des Zanders-Areals und der darauf befindlichen bereits eingetragenen Denkmäler ein projektbezogener Aufwand entstanden, der bisher formal zu einer halben Stelle für Denkmalangelegenheiten bei BM-1 geführt hatte.

Die Firma Zanders hatte letztes Jahr den Betrieb eingestellt und das Areal mitsamt der Gebäudeerhaltung endgültig der Stadt übergeben. Die Untere Denkmalbehörde muss Vertretungsaufgaben in denkmalfachlichen und -rechtlichen Fragen für BM-1 übernehmen.

Zudem gibt es Pflichtaufgaben, die aktuell nicht bearbeitet werden können: Digitalisierung der Denkmallakten und Öffentlichkeitsarbeit, Homepage, Printmedien etc. Dies kann auch mit dem vorhandenen Personal aktuell nicht geleistet werden. Zurzeit wird immer noch nach dem Reaktions- und nicht Aktionsprinzip gearbeitet.

Beantragte Stellen

Keine

Konsequenzen bei Nichtbewilligung der beantragten Stellen

Da keine Stellen beantragt sind, kann es keine Konsequenzen bei einer Nichtbewilligung geben.

6-61 Stadtplanung

Die Abteilung 6-61 Stadtplanung soll gem. Stellenplan 17,5 Stellen (inkl. Abteilungsleitung) umfassen, davon 5 Stellen im Sachgebiet 6-610 Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen und Städtebauförderung (einschl. Sachgebietsleitung). Die Kernabteilung soll sich zusammensetzen aus 1 Abteilungsleitung, 6 Bauleitplaner und -planerinnen, 3 Städtebaulicher Entwurf und technische Zeichnungen sowie 2,5 Stellen Geschäftsstelle und technische Sachbearbeitung. Alle Mitarbeitenden konnten in der Abteilung gehalten werden. Es gibt keine Abgänge. Zwei Stelle konnten erfolgreich neu zum 01.10.2022 und zukünftig ab 01.01.2023 besetzt werden.

Von den besetzten Stellen sind 9 aufgrund von Teilzeitregelungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. wegen der teilweisen Abordnung zu BM-1 - Projekt Zanders-Areal nicht im vollen Stundenumfang besetzt. 4 Stellen sind aktuell unbesetzt:

- Im Sachgebiet 6-610 Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen und Städtebauförderung wird eine Person erst zum 01.01.2023 den Dienst aufnehmen (s.o.). Die Person wird zu circa 30% auch in der Bauleitplanung mitwirken. Eine Stelle ist zudem seit August 2022 wegen Mutterschutz / Elternzeit nicht besetzt. Die Elternzeitvertretung ist aktuell ausgeschrieben.
- In der Kernabteilung ist ein Bauleitplaner dauerhaft zu BM-1 - Projekt Zanders-Areal abgeordnet und eine Stelle Bauleitplanung konnte aufgrund einer bisher ergebnislosen Stellenausschreibung nicht besetzt werden. Die Stelle kann erst erneut ausgeschrieben werden, wenn durch angestrebte moderne Arbeitsplatzmodelle ein Arbeitsplatz geschaffen wird, da der Platz nunmehr durch eine der o.g. Neubesetzungen belegt wird.

Beantragte Stellen

1 Stelle für die Bauleitplanung

Die Anmeldung von zwei Stellen für die Sachbearbeitung in der Bauleitplanung wurde aufgrund verspäteter Antragstellung für den Stellenplan 2022 abgelehnt. Von diesen beiden

Stellen wird nunmehr für den Stellenplan 2023 eine erneut angemeldet:

Der ASM hat eine Prioritätenliste Bauleitplanung beschlossen. Aus dieser wird ersichtlich, dass die Stadtplanung derzeit eine Kapazität hat, um - je nach Komplexität der Aufgabe und abhängig von der internen Vollbearbeitung oder Überwachung externer Auftragnehmer - circa sieben bis zehn Verfahren zu bearbeiten. Dies ist, mit Blick auf die anstehenden Planungsaufgaben, zu wenig. Vom Dezernat angestrebt werden gleichzeitig 15-20 Bauleitplanverfahren parallel zu bearbeiten und zügig zum Abschluss zu bringen. Dies setzt allerdings auch voraus, dass bei den interdisziplinären Verfahren die Zuarbeit der Fachabteilungen gewährleistet ist.

Das Stellenprofil entspricht dem Profil der Stellen 6-61-726 / 728 / 731 / 1541. Voraussetzung ist ein abgeschlossenes Hochschulstudium (Dipl.-Ing. bzw. B.Sc. oder M.Sc.) in der Fachrichtung Städtebau, Stadtplanung oder in den Fachrichtungen Architektur, Raumplanung mit Schwerpunkt Städtebau / Stadtplanung mit entweder erfolgreich abgelegte Große Staatsprüfung in der Fachrichtung Städtebau oder einschlägige mehrjährige Berufserfahrung.

Da es sich bei den zu erwartenden Bauleitplanungen auch u. a. um Kita und Schulbauprojekte geht, ist eine hohe Dringlichkeit gegeben.

Konsequenzen bei Nichtbewilligung der beantragten Stellen

Es werden weniger Bebauungspläne bearbeitet.

6-62 Geoservice

Aktuelle Personalsituation

6-62 hat 19 Vollzeitstellen, sowie eine Kraft aus der Personalreserve. Da einige MA in Teilzeit arbeiten, sind tatsächlich 90% der Arbeitszeiten abgedeckt. Zum 1.10.22 konnte eine seit Mai 2020 unbesetzte Stelle extern besetzt werden.

Elternzeiten

6-62 hat derzeit zwei Mitarbeiter, die längerfristig in Elternzeit gehen (s.u.). Durch diese Elternzeit entstehen Ausfallzeiten, die in der Vergangenheit nicht durch befristete Einstellungen aufgefangen werden konnten. Durch die Ausfallzeiten kommt es zu Verzögerungen in der Auftragserledigung und einer vorübergehenden Mehrbelastung der Kollegen*innen.

6-620-746

Der Stelleninhaber ist bis zum 10.08.23 in Elternzeit (Stand Oktober 22). Zunächst bis zum 28.02.2023 ist der Stelleninhaber der Stelle 1-592, der im Sommer 2022 seine Ausbildung zum Vermessungstechniker bei 6-62 beendet hat, mit einem Halbjahresvertrag angestellt und vertritt den Stelleninhaber 6-620-746. Eine Verlängerung im Rahmen der Elternzeitvertretung ist angedacht und mit FB 1 abgestimmt.

6-622-740

Der Stelleninhaber wird vom 15.10.22 bis 31.08.23 in Elternzeit gehen. Aufgrund des Fachkräftemangels und des Aufwandes einer Personalbesetzung wurde von einer befristeten Stelle Abstand genommen. Somit ist diese Stelle unbesetzt.

Personalfluktuaton

6-621-747

Der Stelleninhaber geht 2023 in den Ruhestand. Eine Stellennachbesetzung ist zwingend erforderlich. Er führt die Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte der Stadt Bergisch Gladbach. Eine fehlende Stellennachbesetzung hätte zur Folge, dass der Gutachterausschuss nicht handlungsfähig ist. Die Tragweite greift über die Stadtverwaltung hinaus.

Zum Aufgabenbereich des Stelleninhabers gehört u.a. die statistische Auswertung der Kaufpreissammlung, die alle Kaufverträge im Stadtgebiet beinhaltet und die Ableitung der Bodenrichtwerte und Immobilienrichtwerte. Alle diese Aufgaben münden u.a. im Grundstücksmarktbericht, der jährlich vom Gutachterausschuss beschlossen wird. Der Bericht trägt zur allgemeinen Markttransparenz bei und wendet sich an interessierte Öffentlichkeit, freiberuflich tätigen Bewertungssachverständige und an alle sonstigen Stellen der freien Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung in den Bereichen Städtebau, Wohnungswirtschaft, Bodenordnung oder Wirtschaftsförderung, die auf Kenntnisse über den Grundstücksmarkt angewiesen sind.

Ohne eine Nachbesetzung der Geschäftsstelle kann der Grundstücksmarktbericht nicht erstellt und Bodenrichtwerte sowie Immobilienrichtwerte abgeleitet werden. Dies wirkt sich unmittelbar auf Arbeit verschiedener Berufsgruppen aus (s.o.). Auch auf die Verwaltung wirkt sich dies aus, da der Stelleninhaber bei der kommunalen Bewertung mitwirkt (Bewertung bei allen An- und Verkäufen von Grundstücken).

Bei der Stellennachbesetzung gibt es einen internen Bewerber (Stelle 6-62-1616), der sich fachlich und persönlich für die Stelle eignet. Die Stellenausschreibung bzw. -nachbesetzung ist mit FB 1 abgestimmt und läuft.

6-62-1616

Der Stelleninhaber wird voraussichtlich zum Februar 2023 Nachfolger der Stelle 6-621-747. Die Stelle 6-62-1616 ist maßgeblich für die Umsetzung der Baulandstrategie zur Gewinnung von bezahlbarem Wohnraum nötig. Demnach ist auch hier eine Stellennachbesetzung zwingend erforderlich.

Ausbildung zum Vermessungstechniker/in

In 2023 ist geplant wieder einen Vermessungstechniker/in auszubilden. Organisatorisch wird dieser bei FB 1 geführt. Die Ausbildung wird aber wieder verstärkt Arbeitszeit bei den Kollegen der gesamten Abteilung 6-62 binden. Um den Fachkräftemangel zu minimieren, ist die Ausbildung zwingend notwendig.

Beantragte Stellen

Keine für den Stellenplan 2023.

Der Stellenzuwachs bei 6-60 und 6-61, aber auch der geplanten Stellenzuwachs bei BM-1, 7-66, 8-67 und 7-68 und die Gründung der Schulbau GmbH, werden Folgen für 6-62 haben, denn 6-62 begleitet die Projekte der genannten Abteilungen durch vermessungstechnischen Leistungen (Plangrundlagen, Bauvermessung usw.).

Perspektivisch werden die o.g. Stellenzuwächse, die zu erwartende Entwicklung des Zanders-Areals sowie die Bautätigkeiten der Schulbau GmbH Auswirkungen auf die Auftragslage und Auslastung bei 6-62 haben. In der Vergangenheit konnten große städtische Infrastruktur-Projekte, die Aufträge bei 6-62 generierten, durch Priorisierung zeitnah erledigt werden. Wann und in welchem Ausmaß Auswirkungen bei 6-62 eintreten, ist zurzeit nicht absehbar.

Konsequenzen bei Nichtbewilligung der beantragten Stellen

Da keine Stellen beantragt sind, kann es keine Konsequenzen bei einer Nichtbewilligung geben.

6-63 Bauordnung

Aktuelle Personalsituation

Die personelle Situation der Abteilung 6-63 bleibt weiterhin angespannt und begründet sich in Ausfällen durch Langzeiterkrankungen und der damit einhergehenden krankheitsbedingten Stellenvakanz und Fluktuation. Ferner haben sich rentenbedingte Stellenvakanzen eingestellt, die in den kommenden Jahren noch zunehmen werden. So sind weiterhin nicht alle Sachgebiete der Abteilung zu 100% besetzt.

Das (bisher) hohe Maß an Engagement aller verbliebenen Mitarbeiter*innen konnte bzw. kann diese Arbeitsausfälle nicht mehr kompensieren, zumal die dauerhafte und weiterhin anhaltende Mehrbelastung regelmäßig zu weiteren Arbeitsausfällen und in Folge auch zu einer Verlängerung von Bearbeitungszeiten führt. Aktuell lassen sich vorhandene Stellenvakanzen nur erschwert, mangels oder aufgrund nicht geeignete/r Bewerber*innen sogar gar nicht besetzen und Ausschreibungs- und Besetzungsverfahren sind wiederholt durchzuführen. Auch aufgrund entstandener Stellenvakanzen, hervorgerufen durch Langzeiterkrankungen, konnten mangels Einarbeitungsmöglichkeit die Ausschreibungs- und Besetzungsverfahren der noch offenen Stellen bisher nicht erfolgen.

Demgegenüber stehen Fallzahlen, die sich über die letzten Jahre konstant hochhalten. Zu einer insgesamt deutlich höheren Arbeitsbelastung und einem höheren Verwaltungsaufwand führen zudem Änderungen der Rechtslage, beispielsweise durch Änderungen der Rechtsgrundlagen, der Rechtsprechung, neue Richtlinien und neue Verordnungen oder Satzungen. Über die Jahre wurde so die Arbeit in einer Bauaufsichtsbehörde insgesamt verwaltungsintensiver, auch wenn der Gesetzgeber etwas anderes propagiert.

Pflichtaufgabe von 6-63 ist u.a. das Durchführen von wiederkehrenden Prüfungen von Sonderbauten innerhalb gesetzlich geregelter Fristen nach PrüfVO NRW, in Verbindung mit Brandschauen. 6-63 muss zur Durchführung ihrer Aufgaben auch hier ausreichend mit geeigneten Fachkräften besetzt und mit den erforderlichen Vorrichtungen ausgestattet sein. Geeignete Fachkräfte sind insbesondere Personen, die einen Hochschulabschluss der Fachrichtungen Architektur oder Bauingenieurwesen haben und die insbesondere die erforderlichen Kenntnisse des öffentlichen Baurechts, der Bautechnik und der Baugestaltung haben.

Ferner wurde der Wechsel der bisher verwendeten Bauverwaltungssoftware auf einen anderen Anbieter vollzogen, auf deren Umgang sich alle Mitarbeiter*innen sich zunächst einstellen müssen. Für die vorbereitenden Maßnahmen zur Einführung bzw. für die Optimierung der neuen Bauverwaltungssoftware nach der Einführung war über Monate bzw. bleibt Personal gebunden. Als nächstes Projekt steht die Digitalisierung des Bauaktenarchivs und im Anschluss die Einführung des Digitalisierten Baugenehmigungsverfahrens an. Eine Aufgabe, die aus vorhandenem Personalbestand bzw. mit neu zugeworbenem Personal neben

dem Tagesgeschäft zu bewerkstelligen ist.

In Summe weist die Abteilung 6-63 Überstunden von insgesamt etwa 1.588 Stunden auf. Daneben bestehen in der Abteilung 6-63 noch insgesamt etwa 508 Tage Resturlaub. Auf die jeweiligen Sachgebiete entfallen 92 Tage auf das Sachgebiet 6-630, 72 Tage auf das Sachgebiet 6-631, 119 Tage auf das Sachgebiet 6-632 und 167 Tage auf das Sachgebiet 6-633 (Stichtag: 10.10.2022).

Beantragte Stellen für den Stellenplan 2023

1 Stelle für die Projektierung „Digitale Bauakte“ (befristet, EG11/A11)

Das Projekt „Digitale Bauakte“ ist mit der vorhandenen Personalressource nicht abbildbar. Es bedarf bereits für die Projektierung einer zusätzlichen Stelle, die diesen Prozess initiiert, formuliert und koordiniert. Sofern sich im weiteren Verlauf des bereits gestarteten Prozesses keine Person aus der Abteilung 6-63 findet, bedarf es zumindest einen befristeten Personersatz für die Dauer des Projekts von etwa 2-3 Jahre.

2 Stellen 6-633-A für die Vor- bzw. Nachbereitung der zu digitalisierenden Bauakten (befristet, EG 5-7)

Für die Vorbereitung der zu digitalisierenden Bauakten – d.h. für die Aktenbereinigung von ca. 3.600 Altakten und der für die Digitalisierung zur Verfügung zu stellenden ca. 30.000 Bauakten – wird ein zumindest befristeter zusätzlicher Stellenbedarf von 2 Stellen im Bereich 6-633-A erforderlich, die sich ausschließlich mit dieser Aufgabe beschäftigen. Mit der vorhandenen Personalressource im Bereich 6-633-A ist dieser Prozess nicht abbildbar. Die Dauer des Projekts ist auf etwa 2-3 Jahre angesetzt.

1 Stelle 6-633-A (befristet, EG 7)

Sofern nicht vollumfänglich auf das digitale (Bau)genehmigungsverfahren umgestellt wird – d.h. dass die Annahme der eingehenden Anträge und Antragsunterlagen ausschließlich digital erfolgt – ist davon auszugehen, dass auch bei Einführung des digitalen (Bau)genehmigungsverfahrens noch Anträge und Antragsunterlagen über einen längeren Zeitraum in schriftlicher Form eingehen werden, da der Gesetzgeber mit Verweis auf § 70 Abs. 1 i.V.m. § 87 Abs. 2 Nr. 7 diesen Weg noch offen hält.

Wird auf ein digitales (Bau)genehmigungsverfahren umgestellt, bedarf es insbesondere für die digitale Erfassung der eingehenden Anträge und Antragsunterlagen – sofern innerhalb der Verwaltung nicht zentral an einer Stelle verortet Posteingänge digitalisiert werden – einer weiteren zusätzlichen Stelle im Bereich 6-633-A, um im weiteren Prozess die Anträge und Antragsunterlagen medienbruchfrei bearbeiten zu können.

Konsequenzen bei Nichtbewilligung der beantragten Stellen bzw. bei Nichtnachbesetzung der Stellen

Nach § 57 Abs. 2 BauO NRW ist die Bauaufsichtsbehörde zur Durchführung ihrer Aufgaben ausreichend mit geeigneten Fachkräften zu besetzen. Ist sie nicht ausreichend mit geeigneten Fachkräften, kann sie ihren Pflichtaufgaben nicht nachkommen. Dies gilt auch für Stellen, die Querschnittsaufgaben für die Abteilung 6-63 wahrnehmen.